

"Fundamentalismus in Pakistan hat keine Zukunft"

Einige Beobachter befürchten nach dem Zerfall der Sowjetunion, daß die Welle des Nationalismus und Separatismus von den zentralasiatischen Republiken aus auch die Vielvölkerstaaten des Subkontinents erfassen könnte, was eine gefährliche Verschärfung der bestehenden ethnischen und religiösen Spannungen bedeuten würde. Vor allem für das innenpolitisch labile und um nationale Identität und Legitimität ringende Pakistan wäre dann nach Ansicht von manchen Pessimisten bald die Existenzfrage gestellt. Südasien befragte den in Pakistan und Afghanistan prominenten Schriftsteller, Dichter und Politiker Ajmal Khan Khattak. Der Parlamentsabgeordnete und Vorsitzende der mitregierenden 'Awami National Party' (Volksnationale Partei; ANP) gilt als Führer einer bedeutenden nationalen Minderheit in Pakistan, der Paschtunen. Wegen seines Eintretens für eine Autonomie der Provinzen wurde Ajmal Khattak von der Regierung Zulfikar Ali Bhutto's politisch verfolgt, und lebte von 1973 bis 1990 in Afghanistan im Exil. Das Interview führte Jorge Scholz.

Ihre Partei ist in der Nationalversammlung vertreten, ist mit der regierenden III unter der Führung von Premierminister Nawaz Sharif ein Koalitionsbündnis eingegangen und trägt damit politische Verantwortung für ganz Pakistan. Gleichzeitig beruht der Erfolg Ihrer Partei darauf, daß sie sich für die Interessen der Paschtunen und für einen Autonomiestatus der North-West-Frontier-Province (NWFP) einsetzt. Die Idee eines von Pakistan unabhängigen "Paschtunistan" oder "Paschtunchwa", das sich eventuell Afghanistan anschließen könnte, ist in dieser Provinz sehr lebendig. Sehen Sie darin keinen Widerspruch?

Was in diesen Zeiten in der NWFP gefordert wird - und was schon immer eine Forderung unserer Partei war - ist eine Autonomie der Provinz innerhalb von Pakistan. Es stimmt natürlich, daß die Idee eines freien und unabhängigen Paschtunistan unter den Paschtunen nach wie vor ihre Freunde findet, allerdings zählen diese nicht zu den Anhängern meiner Partei. Dieses Ziel ist eher unter den in den Stammesgebieten, in der Provinz Balutschistan und in Afghanistan lebenden Paschtunen populär. Wir dagegen streben keinen eigenen Staat an, sondern lediglich größere Selbständigkeit, ein höheres Maß an Selbstverwaltung und Gleichberechtigung mit den anderen pakistanischen Provinzen. Zu unserem politischen Forderungskatalog gehört auch, daß unsere Provinz ihren alten und wirklichen Namen "Paschtunchwa" zurückerhält und endlich den von den britischen Kolonialherren geprägten Namen "North-West-Frontier-Province" abstreift. Die Provinz Punjab trägt ja auch den Namen des dort lebenden Volkes der Punjabis, die Provinz Sindh den der Sindhis und Balutschistan den der Balutschen. Da wir nur fordern, was in den anderen Provinzen schon Wirklichkeit ist, steht unser Engagement für die Gleichberechtigung der Paschtunen in meinen Augen nicht im Widerspruch zu unserer politischen Verantwortung auch für ganz Pakistan.

Sie sind als Paschtune geboren, haben lange in Afghanistan gelebt und gehören heute zur politischen Prominenz in Pakistan. Verstehen Sie sich nun als paschtunischer, afghanischer oder als pakistanischer Politiker?

Ich bin paschtunischer Politiker in Pakistan. Allerdings sehe ich darin keinen Widerspruch. Genauso wie pakistanische Politiker aus dem Punjab, wie z.B. Premierminister Nawaz Sharif, stolz darauf sind Punjabi zu sein, so bin ich stolz darauf, daß ich Paschtune bin. Eine Autonomie unserer Provinz, die es uns erlaubt, nach paschtunischen Gesetzen zu leben und die die noch bestehende Diskriminierung unseres Volkes beendet, wird die Voraussetzung dafür schaffen, daß sich Paschtunen mit dem gleichen Stolz wie Punjabis auch als Pakistani fühlen können.

Glauben Sie denn, daß sich die bei den Menschen in der NWFP aufgestauten Emotionen mit Ihren Erwartungen vereinbaren lassen? Würde auch die Bevölkerung Ihrer Sicht der Dinge zustimmen?

Wissen Sie, es gibt so viele Emotionen und Denkweisen. Meine Partei repräsentiert die Strömung, die ich bereits beschrieben habe.

Den Meldungen zufolge scheinen sich zur Zeit in ganz Pakistan Nationalitätenkonflikte gefährlich zuzuspitzen. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage?

Wenn man sich die pakistanische Geschichte ansieht, hat es immer Auseinandersetzungen zwischen den Provinzen auf der einen Seite und der Bundesregierung auf der anderen Seite gegeben. Also nicht erst, seitdem Nawaz Sharif im Amt ist. Eine Ursache für diesen Dauerkonflikt ist der Versuch der jeweils regierenden Partei, auf Kosten der Provinzen ein starkes politisches Zentrum zu errichten, was natürlich Widerstand provoziert. Es ist richtig, daß wir als politische Vertretung einer Provinz mit der gegenwärtig regierenden III eine Koalition eingegangen sind. Voraussetzung und Grundlage dieser Koalition ist jedoch ein schriftlich festgehaltenes Abkommen, daß uns garantiert, daß die Regierung unter Nawaz Sharif den Provinzen ihre Autonomie gewähren wird. In der Praxis heißt dies vor allem, daß die Flußwasserrechte in die Verantwortung der jeweiligen Provinzen übergehen. Im Paschtunchwa war es in der Vergangenheit so, daß wir aus unseren eigenen Flüssen keinen einzigen Tropfen erhalten haben. Dies war eine zweite Ursache für Spannungen und Konflikte. Die jetzige Regierung hat bereits zusammen mit den Provinzregierungen ein Abkommen verabschiedet, welches das in Pakistan lebenswichtige Problem der gerechten Aufteilung des Flußwassers regelt. Demnach erhält z.B. unsere Provinz das alleinige Wassernutzungsrecht unserer eigenen Flüsse, und darüberhinaus noch einen Anteil vom Indus-Wasser, das unter den Provinzen aufgeteilt wird (siehe dazu auch Südasien, 6-7/91).

Ein anderes Beispiel, das früher unter der Bevölkerung oft für Verärgerung über die Zentralregierung in Islamabad gesorgt hat, war das bis vor kurzem bestehende Verbot, in unserer Provinz Strom selbst zu erzeugen. Wir waren also völlig auf die Stromversorgung aus den anderen Provinzen angewiesen. Auch dieses Verbot ist inzwischen aufgehoben. Dies alles sind Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung zu ihrem Wort steht und die Autonomie der Provinzen akzeptiert. Dies wird entscheidend dazu beitragen, die Konflikte zwischen den Völkern in Pakistan zu entschärfen und zu lösen.

Pakistan liegt im Norden in direkter Nachbarschaft zu den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Tadschikistan zum Beispiel wird nur durch den wenige Kilometer breiten und zu Afghanistan gehörenden Wakhan-Korridor von pakistanischem Territorium getrennt. Gibt es aufgrund der geographischen Nähe Rückwirkungen des Unabhängigkeitsstrebens und des erwachenden Nationalismus dieser ebenfalls muslimischen Völker auf die in Pakistan lebenden Minderheiten - z.B. in der NWFP und in Kaschmir?

Der aufkeimende Nationalismus und das Unabhängigkeitsstreben der zentralasiatischen Republiken hat seine Ursache im Zerfall und der anhaltenden Krise der Sowjetunion und muß in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Die Konflikte in Pakistan dagegen haben ihre eigenen Ursachen und haben ihre eigenen Gesetzmäßig-

keiten. Anders sieht die Situation in Afghanistan aus, wo ja auch Tadschiken und Usbeken leben und gewisse Verbindungen über die Grenzen hinweg zu den zentralasiatischen Republiken bestehen. Ich darf daran erinnern, daß viele der sowjetischen Soldaten während der sowjetischen Besetzung Afghanistans vor allem diesen beiden Völkern angehörten. Ich glaube aber nicht, daß die Verbindungen so eng sind, daß die Tadschiken und Usbeken in Afghanistan den Anschluß an die Nachbarrepubliken fordern werden, um separate Nationalstaaten gründen zu können. Jedenfalls sind dafür bisher noch keine Anzeichen erkennbar. Dennoch ist damit zu rechnen, daß diese Völker in Zukunft selbstbewußter auftreten und nach einem verbesserten Status in Afghanistan streben werden.

Haben Sie Kontakte zu den Führern der nationalen Bewegungen in Zentralasien?

Ja, als ich kürzlich in Kabul war, habe ich mit einigen dieser Führer Gespräche geführt, aber da ich als Paschtune der pakistanischen Regierung nahestehe, haben wir in diesen ersten Treffen die Problematik um die nationalen Bewegungen und die von ihnen angestrebten Nationalstaaten ausgeklammert.

Wie reagiert Pakistan außenpolitisch auf die Veränderungen in der Region?

In offiziellen Regierungskreisen wird gegenwärtig nur in sehr begrenztem Maße über die Grenzen des eigenen Landes hinausgedacht. Nur die fundamentalistische Partei 'Jamaat-e-Islami' (eine kleine, aber einflußreiche Partei, die an der Regierung beteiligt ist, d.Red.) verfolgt weiter ihr altes Ziel, nämlich Kabul unter Kontrolle zu bekommen und von dort aus ein religiös-fundamentalistisch ausgerichtetes Groß-Islamistan zu errichten, das nach Möglichkeit auch die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion einschließen soll. Der wichtigste Verbündete der 'Jamaat-e-Islami' auf afghanischer Seite ist Gulbuddin Hekmatyar, der Führer der Partei 'Hezb-e-Islami'. Diese Aktivitäten einer Partei darf man jedoch nicht mit pakistanischer Außenpolitik gleichsetzen. Pakistan steht zur Zeit unter einem enormen Druck und muß um seine Existenz kämpfen, weshalb für eine aktive Außenpolitik gar nicht die Voraussetzungen gegeben sind.

In Presseberichten wurde behauptet, daß die pakistanische Regierung afghanische Mujaheddin unterstützt, die in den zentralasiatischen Republiken im Einsatz sein sollen. Stimmt das?

Ja, es ist richtig, daß Hekmatyar von einigen ähnlich fundamentalistisch denkenden pakistanischen Generälen, die noch von Zia-ul-Haq ernannt worden sind, unterstützt wird. Diese einflußreichen Gönner gehören dem Geheimdienst an und gelten als Parteigänger der 'Jamaat-e-Islami', handeln jedoch nicht im offiziellen Auftrag der Regierung.

Als eine Folge des Golfkrieges scheint der religiöse Fundamentalismus, wie in der übrigen islamischen Welt auch, in Pakistan gestärkt worden zu sein. Die Verabschiedung der Scharia, womit islamisches Recht Grundlage der pakistanischen Gesetzgebung und Rechtsprechung wird, hat international Schlagzeilen gemacht. Wird Pakistan zum islamischen Gottesstaat nach iranischem Vorbild?

Ich glaube nicht, daß der Fundamentalismus in Pakistan eine Zukunft haben wird, weil die Fundamentalisten sowohl in der Nationalversammlung, als auch in den Provinzparlamenten lediglich nominell repräsentiert sind. Dies gilt auch für das regierende Parteienbündnis IJI. In der NWFP zum Beispiel ist nur ein Abgeordneter der IJI ein Fundamentalist. Was die Scharia betrifft: Pakistan ist ein islamisches Land und jeder Pakistani strebt danach, ein wahrer Muslim zu sein und im Einklang mit Koran und Sunnah zu leben. Es bestehen jedoch Differenzen, wie Koran und Sunnah zu interpretieren sind. Auch ich bin ein Muslim. Aber meine Interpretation unterscheidet sich von der, die uns die 'Jamaat-e-Islami' liefert. In dem Streit um die richtige Auslegung stehen sich also gläubige Muslime, die aber eine Mullahkratie ablehnen, und islamische Fundamentalisten gegenüber, ein Streit, der in der Nationalversammlung in den Diskussionen um die richtige Interpretation der verabschiedeten Scharia-Gesetzesakte seine Fortsetzung findet. Eine

breite Mehrheit ist jedoch gegen eine Mullahkratie, die die Fundamentalisten mit ihrer Interpretation der Gesetzesakte am liebsten errichten würden.

Werden die Mullahs nicht dennoch aus diesen Auseinandersetzungen um die Scharia-Akte gestärkt hervorgehen, da ihnen die vollzogene Islamisierung der Gesetzgebung, nach welcher Interpretation auch immer, ihrem Einfluß eine offizielle Basis schafft? Vor allem der anhaltende Islamisierungsprozeß in der Armee hat doch den muslimischen Geistlichen bereits einen erheblichen Machtzuwachs beschert.

Pakistan möchte ein islamisches Land werden, aber nicht unter der Herrschaft der Mullahs. Es besteht durchaus ein Unterschied zwischen einer Mullahkratie und Islam. So ist zwar die Scharia in der Nationalversammlung von den Mullahs gefordert worden, aber die Mehrheit im Parlament hat die ursprüngliche Form der Gesetzesvorlage nicht akzeptiert und so verändert, daß sie für die Muslime des Landes annehmbar wird. Inzwischen ist die Scharia kein Gesetz der Mullahs mehr, sondern ein Gesetz der Mehrheit der Muslime. Deshalb sind die Mullahs auch gegen die gültige Version der Scharia, die keineswegs fundamentalistisch ist. Zwar wurde festgeschrieben, daß Koran und Sunnah künftig die obersten Grundlagen der Gesetzgebung sind. Aber während die Mullahs beanspruchten, allein für die Auslegung der Schriften zuständig zu sein, haben wir gewährleistet, daß Koran und Sunnah von den Muslimen im Parlament auf demokratischem Wege und mit Hilfe von demokratisch legitimierten Institutionen interpretiert wird. Zwar hat Nawaz Sharif unter dem Druck der Fundamentalisten versprechen müssen, eine Änderung der Scharia vorzunehmen, aber ein solcher Versuch würde immer an der Mehrheit im Parlament scheitern.

Beim Durchlesen des Textes der Scharia kann man an einigen Stellen den Eindruck gewinnen, daß vor allem die Rechte der Frauen beschnitten werden ...

... das ist nicht richtig. Die Verabschiedung der Scharia-Akte bedeutet bisher nur, daß es zum Bestandteil der pakistanischen Verfassung wird, daß Koran und Sunnah oberstes Gesetz sind. Im Rahmen dieser Verfassung werden wir jetzt ein Gesetz verabschieden, das Frauen wieder die 20 Sitze im Parlament garantiert, die Zia-ul-Haq damals geschaffen hatte. Außerdem wird fest verankert, daß die Rechte von Männern und Frauen gleich sind. Natürlich wird es auch in diesen Fragen in der Nationalversammlung zu Auseinandersetzungen zwischen den Mullahs und der Mehrheit der durchschnittlichen Muslime, die ich vertrete, kommen. Wenn wir auch säkulare Ziele haben, können wir dennoch unseren Glauben nicht verleugnen. Wir müssen als Muslime argumentieren, die an Gott glauben, aber eine Herrschaft der Mullahs ablehnen. Wir werden es als Mehrheit zu verhindern wissen, daß die Rechte der Frauen, die elementare Menschenrechte sind, angetastet werden. Grundsätzlich gilt, daß der Islam in Übereinstimmung mit den Menschenrechten interpretiert werden wird.

Zum Thema Wirtschaftspolitik: Die Regierung Nawaz Sharif hat ein ehrgeiziges Reformprogramm in Angriff genommen, das unter anderem umfangreiche Reprivatisierungen und freie Konvertibilität der Rupie vorsieht, und eine freie Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild anstrebt. Das klingt sehr modern und fortschrittlich. Auf gesellschaftspolitischem Gebiet wird dagegen darauf geachtet, daß die Traditionen bewahrt bleiben. Liegt darin nicht ein Widerspruch und kann dies überhaupt gutgehen?

Nein, ich kann darin keinen Widerspruch entdecken, vielleicht mit Ausnahme des Problems der Zinsen. Aber die neue, an islamische Vorschriften angeglichene Verfassung räumt genügend Zeit ein, um es zu lösen. Der freien Marktwirtschaft und dem Kapitalverkehr werden also keinerlei Beschränkungen auferlegt werden. Das sind hoffnungsvolle Signale für die Industrialisierung und den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Dies ist der einzig richtige Weg, um die gewaltigen Probleme von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut in den Griff zu bekommen.